

Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2008



Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2008

Herausgeber:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 75-2405
Telefax: +49 (0) 611 75-3330
www.destatis.de/kontakt

Autorinnen: Bettina Mertel und Andrea Wolff

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Statistisches Bundesamt
Bereich „Soziales“
Telefon: +49 (0) 611 75-8953
Telefax: +49 (0) 611 75-8994
E-Mail: sbe@destatis.de

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen im Dezember 2010

Weiterführende Informationen:

www.amtliche-sozialberichterstattung.de oder www.statistikportal.de

Fotorechte: © Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Einführung	4
Eckdaten zur sozialen Mindestsicherung in Bund und Ländern 2008	6
Anhang 1: Überblick über weitere Leistungen der sozialen Sicherung	11
Anhang 2: Überblick zur Sozialberichterstattung in Deutschland	13
Anhang 3: Tabellen/Zeitreihen	21
Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit	29

Zeichenerklärung und Abkürzungen

- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- = nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- % = Prozent
- EUR = Euro
- SGB = Sozialgesetzbuch

Quelle der Abbildungen, soweit nicht anders angegeben:
 Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Einführung

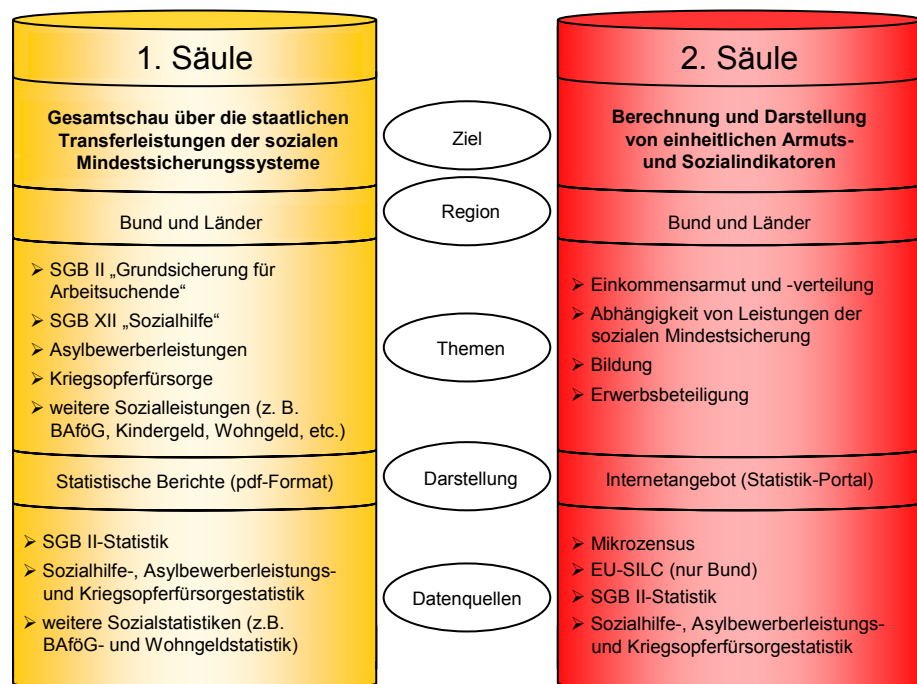
Projekt „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“

Der Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland“ ist Teil des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“, das seit Mitte 2006 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt wird. Die Sozialberichterstattung hat die Aufgabe, den Zustand und die Veränderung der allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung kontinuierlich zu beobachten und zu beschreiben. Sie stellt damit entscheidungsrelevante Informationen für die Sozialpolitik sowie für die interessierte Öffentlichkeit bereit.

1. Säule: Mindestsicherungsberichte

Das Projekt basiert auf zwei Säulen: Die erste Säule bietet – in Form statistischer Berichte – eine Gesamtschau über die staatlichen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme in Deutschland auf Ebene des Bundes und der Länder. Im September 2008 ist der erste Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006“ erschienen. Diese Publikation gibt als Bestandsaufnahme einen Überblick über Leistungen, Strukturen, Fallzahlen und Ausgaben der sozialen Mindestsicherungssysteme in Deutschland, und zwar vor bzw. nach Einführung der „Hartz-IV-Reformen“ Anfang 2005. Mit dem vorliegenden dritten Mindestsicherungsbericht wird diese Berichterstattung fortgesetzt, wobei die Datenlage bis einschließlich Ende 2008 berücksichtigt ist.

Abbildung 1: Überblick zum Projekt „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“



2. Säule: Armuts- und Sozialindikatoren

Die zweite Säule des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ besteht in der Bereitstellung von Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Ebene von Bund und Ländern sowie – soweit möglich – tieferen regionalen Ebenen. Dies trägt dem wachsenden Bedarf nach vergleichbaren Armuts- und Sozialindikatoren auf Bundes- und regionaler Ebene Rechnung.

Mit ihrer Hilfe soll das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung gemessen werden. Diese Indikatoren, detaillierte methodische Erläuterungen zu den für die Sozialberichterstattung relevanten Datenquellen und den angewandten Berechnungsverfahren sowie Hinweise zu Ansprechpartnern und weiteren Informationsquellen wurden im Mai 2009 im gemeinsamen „Statistik-Portal“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlicht. Dieses Informationsangebot wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt. Der Zugriff erfolgt über folgenden Link¹⁾: www.amtliche-sozialberichterstattung.de

Der vorliegende dritte Mindestsicherungsbericht stellt die aktuellen Strukturdaten der verschiedenen Mindestsicherungsleistungen für das Berichtsjahr 2008 in den Blickpunkt. Sofern möglich und sinnvoll, wird auf die Veränderungen zu 2007 eingegangen. Für Fragen zur Datenlage vor Einführung von „Hartz IV“ wird auf die ausführlichen Darstellungen im ersten Mindestsicherungsbericht verwiesen. Gleiches gilt für die Ausführungen zu weiteren Sozialleistungen (BAföG, Wohngeld, besondere Leistungen der Sozialhilfe nach dem 5. bis 9. Kapitel Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII), Kinderzuschlag), die in Form von Zuschüssen ebenfalls dazu beitragen, einkommensschwächere Haushalte finanziell zu unterstützen.²⁾

Konzeption und Gliederung des 3. Mindestsicherungs- berichts

Der Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2008“ erscheint als Kurzfassung. Im Anhang finden sich ein Überblick über die sonstigen Leistungen bzw. Systeme zur sozialen Sicherung, ein Überblick zur Sozialberichterstattung in Deutschland, umfangreiche Bundes- und Ländertabellen einschließlich Zeitreihen, das Adressverzeichnis der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit.

1) Innerhalb dieses Internetangebots stehen unter der Rubrik „Mindestsicherung“ auch alle bisher im Rahmen des Projekts erstellten Berichte zur sozialen Mindestsicherung in Deutschland kostenfrei im pdf-Format zur Verfügung.

2) Aktuelle Daten zu diesen weiteren Sozialleistungen, die im Rahmen des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ nicht zu den Mindestsicherungsleistungen gezählt werden, finden sich im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de). Über Daten zum Kinderzuschlag verfügt die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit.

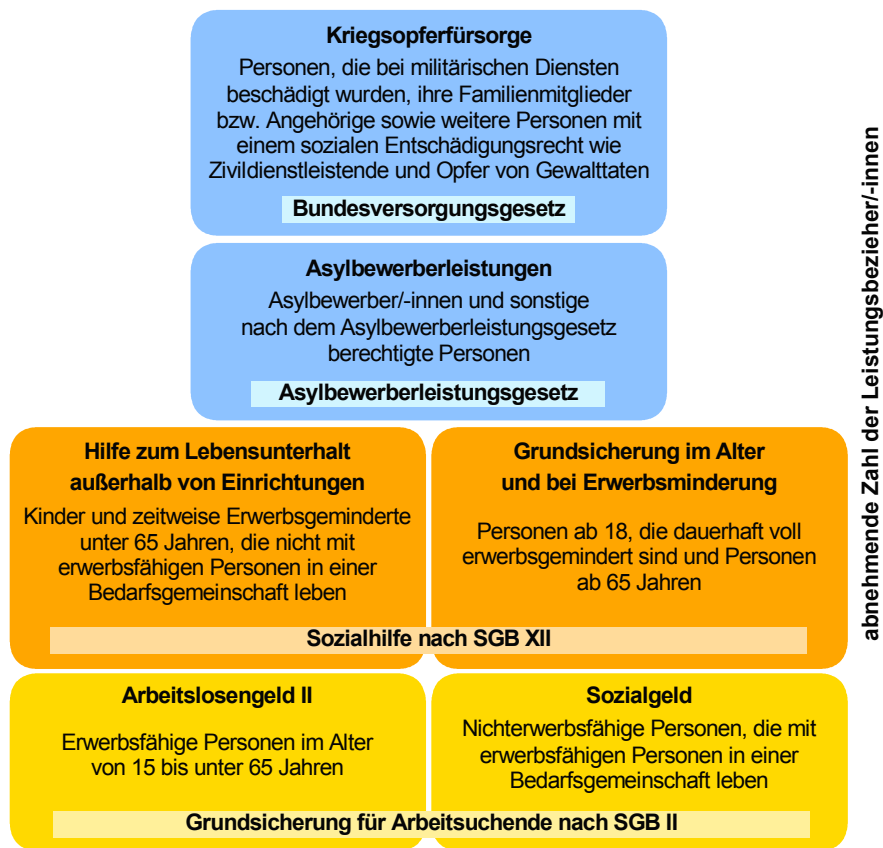
Eckdaten zur sozialen Mindestsicherung in Bund und Ländern 2008

Welche Leistungen zählen zur sozialen Mindestsicherung?

Die Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme (siehe Abbildung 2) sind finanzielle Hilfen des Staates, die – zumindest ergänzend zu eventuell vorhandenen anderen Einkünften – zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt werden. Im Rahmen des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden folgende Leistungen zu den Mindestsicherungsleistungen gezählt:

- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) „Grundsicherung für Arbeitsuchende“
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII
- Laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Abbildung 2: Übersicht zu den sozialen Mindestsicherungssystemen in Deutschland



In Deutschland erhielten am Jahresende 2008 gut 7,6 Millionen Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu bestreiten. Damit war rund jeder elfte (9,3 %) in Deutschland lebende Mensch auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Empfänger um 5,1 %. Im Jahr 2008 sind für diese Leistungen Kosten in Höhe von 40,3 Milliarden Euro entstanden; gegenüber 2007 entspricht dies einem Ausgabenrückgang um 3,1 %.

Über 9 % der Bevölkerung bezieht Mindestsicherungsleistungen

Tabelle 1: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2008 und Bruttoausgaben im Jahr 2008

Leistungsart	Empfänger/-innen		Ausgaben		Ausgaben je Einwohner ¹⁾
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	
	Anzahl	%	Milliarden EUR	%	EUR
Leistungen nach dem SGB II insgesamt	6 609 690	- 5,8	34,9 ²⁾	- 3,7	426
davon					
Arbeitslosengeld II	4 798 064	- 5,9	.	.	.
Sozialgeld	1 811 626	- 5,7	.	.	.
Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII insgesamt	860 002	+ 4,7	4,3	+ 6,3	52
davon					
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	92 320	+ 4,4	0,5	+ 5,8	6
Laufende Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	767 682	+ 4,8	3,8 ³⁾	+ 6,3	46
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ..	127 865	- 16,6	0,6	- 19,7	7
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge	46 256	- 22,7 ⁴⁾	0,5 ⁵⁾	- 11,1 ⁴⁾	6
Insgesamt ...	7 643 813	- 5,1	40,3	- 3,1	491

1) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2008.

2) Um Einnahmen bereinigte Ausgaben für Leistungen, die unmittelbar für die Kosten des Lebensunterhalts gezahlt werden (sogenannte „passive Leistungen“). In diesem Betrag sind die hochgerechneten Ausgaben der Kommunen für die Kosten der Unterkunft und Heizung enthalten.

3) Aufgrund verbesserter Datenlage konnten die einmaligen Leistungen der Grundsicherung (2008: rund 18 500 000 EUR) im Mindestsicherungsbericht 2008 erstmals herausgerechnet und somit die Höhe der laufenden Leistungen bestimmt werden.

4) Veränderung gegenüber 2006; die Statistik der Kriegsopferfürsorge wird alle zwei Jahre durchgeführt.

5) Gesamtausgaben der Kriegsopferfürsorge; eine exakte Untergliederung der Ausgaben nach "laufenden Leistungen" ist nicht möglich.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Der mit Abstand größte Teil der Personen, die Mindestsicherungsleistungen beziehen, und damit auch der größte Teil der Ausgaben entfiel auf die Leistungen nach dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“. 6,6 Millionen Personen erhielten im Dezember 2008 diese umgangssprachlich mit „Hartz IV“ bezeichneten Leistungen. Die Empfängerzahl ging gegenüber dem Vorjahr (7,0 Millionen) um 5,8 % zurück. Der Rückgang dürfte auch mit der Reform des Kinderzuschlags im Oktober 2008 zusammenhängen. Kinderzuschlag wird gezahlt, wenn Eltern zwar ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, jedoch das eigene Einkommen nicht ausreicht, um auch den Unterhalt ihrer Kinder zu sichern. Er wird dann gewährt, wenn der Bezug von SGB II-Leistungen dadurch vermieden werden kann. Die Ausgaben für passive Leistungen nach dem SGB II – das sind Leistungen, die unmittelbar für die Kosten des Lebensunterhalts gezahlt werden – beliefen sich im Jahr 2008 auf rund 34,9 Milliarden Euro.

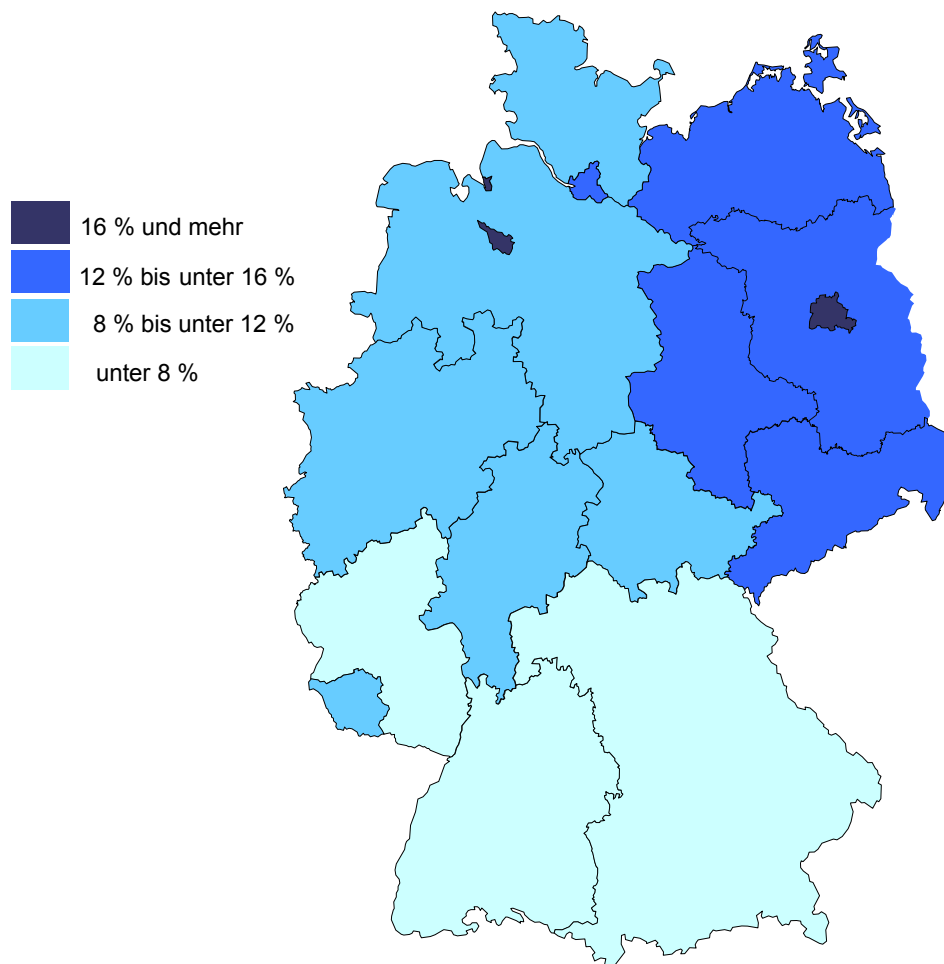
Hohe Bezugsquoten in den Stadtstaaten und im Osten

Im regionalen Vergleich waren – wie im Vorjahr – vor allem die Menschen in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen (siehe Abbildung 3). Mit der im Ländervergleich höchsten Bezugsquote von 19,3 % (Vorjahr: 19,9 %) erhielt fast jeder fünfte Berliner Bürger am Jahresende 2008 Leistungen zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts. Die zweithöchste Bezugsquote hatte Bremen mit 16,3 % (Vorjahr: 17,0 %). Unter den Flächenländern lagen die Bezugsquoten in Mecklenburg-Vorpommern mit 15,5 % (Vorjahr: 16,8 %) sowie in Sachsen-Anhalt mit 15,4 % (Vorjahr: 16,3 %) am höchsten.

Die niedrigsten Bezugsquoten gab es Ende 2008 – ebenfalls wie im Vorjahr – in den südlichen Bundesländern. So erhielten in Baden-Württemberg 5,1 % (Vorjahr: 5,4 %) der Bevölkerung Leistungen der Mindestsicherungssysteme. Bayern hatte mit 4,7 % (Vorjahr: 5,0 %) erneut die niedrigste Mindestsicherungsquote. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 9,3 % wiesen lediglich noch Rheinland-Pfalz mit 7,0 % (Vorjahr: 7,2 %), Hessen mit 8,5 % (Vorjahr: 8,8 %) sowie das Saarland mit 9,1 % (Vorjahr: 9,6 %) unterdurchschnittliche Mindestsicherungsquoten auf. Einen Überblick über die regionale Verteilung der Empfänger von Mindestsicherungsleistungen gibt das folgende Schaubild.

Abbildung 3: Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung am Jahresende 2008 nach Ländern

Anteil an der Gesamtbevölkerung in %



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Anhang

Anhang 1: Überblick über weitere Leistungen der sozialen Sicherung

Neben den in dieser Publikation beschriebenen staatlichen Mindestsicherungsleistungen gibt es in Deutschland eine Vielzahl staatlicher Leistungen bzw. Leistungen der Sozialversicherungen, die für die soziale Sicherung der Bevölkerung von erheblicher Bedeutung sind.³⁾ Die nachstehende Tabelle 2 gibt einen Überblick über die in diesem Zusammenhang wichtigsten sonstigen Leistungssysteme und ihre jeweiligen gesetzlichen Grundlagen. Ferner ist aus der Tabelle ersichtlich, welche Institutionen im Wesentlichen über statistische Daten zur Inanspruchnahme der jeweiligen Leistungen verfügen.⁴⁾

Tabelle 2: Übersicht über weitere Sozialleistungen, die nicht zu den sozialen Mindestsicherungssystemen gezählt werden

Leistung	Gesetzliche Grundlage	Statistik (Datenhalter)
1. Sozialversicherungssysteme		
Arbeitslosenversicherung/ Arbeitslosengeld I	SGB III „Arbeitsförderung“	Bundesagentur für Arbeit
Krankenversicherung	SGB V „Gesetzliche Krankenversicherung“	Bundesministerium für Gesundheit (BMG)/ Statistische Ämter des Bundes und der Länder/ Gesundheitsberichterstattung des Bundes ⁵⁾
Rentenversicherung	SGB VI „Gesetzliche Rentenversicherung“	Deutsche Rentenversicherung
Unfallversicherung	SGB VII „Gesetzliche Unfallversicherung“	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Pflegeversicherung	SGB XI „Soziale Pflegeversicherung“	Statistische Ämter des Bundes und der Länder/Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

3) Detaillierte Informationen hierzu finden sich in der Broschüre „Soziale Sicherung im Überblick“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unter http://www.bmas.de/coremedia/generator/10118/soziale_sicherung_im_ueberblick.html.

4) Das jährlich erscheinende „Statistische Jahrbuch“ des Statistischen Bundesamtes bietet einen guten Einstieg in die Datenlage. Im Kapitel 8 „Sozialleistungen“ des Jahrbuchs (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/JahrbuchDownlads.psml>) werden – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen/Behörden (z. B. Ministerien, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung) dargestellt.

5) Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE) wird als gemeinsame Aufgabe durch das Statistische Bundesamt und das Robert Koch-Institut durchgeführt. Einzelheiten hierzu sowie umfangreiche Daten bietet das Informationssystem der GBE: <http://www.gbe-bund.de>.

Noch: **Tabelle 2: Übersicht über weitere Sozialleistungen, die nicht zu den sozialen Mindestsicherungssystemen gezählt werden**

Leistung	Gesetzliche Grundlage	Statistik (Datenhalter)
2. Förderungs- und Fürsorgesysteme		
Wohngeld	Wohngeldgesetz (WoGG)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Ausbildungsförderung	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)	SGB III „Arbeitsförderung“	Bundesagentur für Arbeit
Elterngeld	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)	Statistisches Bundesamt
Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen	SGB IX „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistik der schwerbehinderten Menschen)
Besondere Leistungen der Sozialhilfe nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII (insbesondere Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Hilfe zur Pflege)	SGB XII „Sozialhilfe“	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Kinderzuschlag	Bundeskindergeldgesetz (BKGG)	Bundesagentur für Arbeit (Familienkasse)
Kindergeld	Bundeskindergeldgesetz (BKGG)	Bundeszentralamt für Steuern/Bundesagentur für Arbeit (Familienkasse)
Unterhaltsvorschussleistungen	Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe	SGB VIII „Kinder- und Jugendhilfe“	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Mutterschaftsgeld	Mutterschutzgesetz (MuSchG)	Bundesversicherungsamt
Soziale Entschädigung und Kriegsopferversorgung	Bundesversorgungsgesetz (BVG) und weitere Einzelgesetze	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)/ Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Lastenausgleich	Lastenausgleichsgesetz (LAG)	Bundesausgleichsamt

Einen vollständigen Überblick über das Ausgabevolumen des Systems der sozialen Sicherung in Deutschland bietet das Sozialbudget der Bundesregierung.⁶⁾ Hier werden jährlich die verschiedenen Leistungen des sozialen Sicherungssystems zusammengestellt. Außerdem ist die Höhe der jeweiligen Finanzierung durch öffentliche Zuweisungen sowie durch Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber ablesbar. Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich nach vorläufigen Angaben 2008 für Deutschland auf rund 721 Milliarden Euro. Die Sozialleistungsquote, d. h. der Anteil dieser Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt, betrug 2008 für Deutschland 29,0 %.

Sozialbudget

Anhang 2: Überblick zur Sozialberichterstattung in Deutschland

Der im September 2008 erschienene erste Mindestsicherungsbericht enthält einen Abschnitt zur Zielsetzung und Entwicklung der Sozialberichterstattung in Deutschland. Auf diese detaillierten Ausführungen wird hiermit verwiesen. Im Folgenden wird – insbesondere in Form tabellarischer Übersichten – der Sachstand der Sozialberichterstattung auf Ebene der Länder sowie des Bundes dargestellt.

2.1 Landessozialberichte

Ab Mitte der 1990er Jahre begannen die Bundesländer damit, Sozialberichte zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Dabei handelte es sich in der Mehrzahl um Armutsberichte oder Berichte zur sozialen Lage der Bevölkerung. Allerdings weisen die Ländersozialberichte erhebliche inhaltliche und methodische Unterschiede auf. So werden zum Teil unterschiedliche Datenquellen und Indikatoren verwendet. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse nur sehr eingeschränkt vergleichbar. Auch die Periodizität der Veröffentlichungen unterscheidet sich von Land zu Land sehr deutlich. Sie reicht von einem einmaligen Bericht in Form einer Bestandsaufnahme bis hin zu einer kontinuierlichen Berichterstattung, die jährlich fortgeschrieben wird (siehe Tabelle 3). In der Regel basieren die Sozialberichte der Länder auf Aufträgen, die von den Landesregierungen an Forschungsinstitute oder an das jeweilige Statistische Landesamt erteilt werden. Zum Teil wird von den Beauftragten der gesamte Bericht erstellt, teilweise werden auch Gutachten zu bestimmten Themenbereichen in Auftrag gegeben, auf deren Basis der Bericht von dem federführenden Ressort der Landesregierung erstellt wird. Die Statistischen Landesämter sind zudem häufig an der Erarbeitung der Sozialberichte beteiligt, da sie für die Bereitstellung der amtlichen Statistiken aus unterschiedlichen Themenbereichen zuständig sind.

**Landessozialberichte
von Land zu Land
sehr unterschiedlich**

6) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) veröffentlicht die Ergebnisse zum Sozialbudget jährlich im „Sozialbudget“ bzw. im „Sozialbericht“.
(http://www.bmas.de/portal/33916/property=pdf/a101-09__sozialbericht__2009.pdf)
(<http://www.bmas.de/portal/16194/filter=Rubrik:Publikationen,Dateityp:Text/ergebnisse.html>,
Stichwort: Sozialbudget)

Tabelle 3: Auswahl von bisher erschienenen Landesberichten im sozialpolitischen Bereich *)

Bundesland	Titel	Herausgeber	Jahr
Baden-Württemberg	Migration und Migrantenfamilien in Baden-Württemberg. Familienbericht 2004, Teil 2	Sozialministerium Baden-Württemberg	2004
	Familien in Baden-Württemberg, Familienbericht 1998	Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg	1998
Bayern	Zweiter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern	Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	2009
	Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern 1998	Bayerisches Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit	1999
	Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998		1999
Berlin	Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2009. Fortschreibung für den Zeitraum 2007 - 2008	(im Auftrag der) Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin	2009
	Sozialstrukturatlas Berlin 2008 - Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung	Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz	2009
	Grundauswertung der Einschulungsdaten 2006 zur gesundheitlichen und sozialen Lage der Kinder in Berlin		2008
	Basisdaten zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Berlin		2007
	Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Berlin	Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	2006
	Sozialstrukturatlas Berlin 2003 - Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung		2004
	Armut und soziale Ungleichheit in Berlin. Armutsbericht 2002		2002
	Sozialstrukturatlas Berlin 1999. Eine soziale Diagnose für Berlin		Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
	Sozialstrukturatlas Berlin 1997. Eine disaggregierte statistische Sozialraumanalyse	1997	
	Sozialstrukturatlas Berlin. Fortschreibung 1997	1997	
	Bericht zur sozialen Lage in Berlin	1995	

*) Auf der Internetseite [Sozialberichte NRW online](#) finden sich ein aktueller Überblick über die Sozialberichte der Länder, Informationen zu den jeweiligen Inhalten und Ansprechpartner sowie Verweise zu den Berichten.

Noch: **Tabelle 3: Auswahl von bisher erschienenen Landesberichten im sozialpolitischen Bereich *)**

Bundesland	Titel	Herausgeber	Jahr
Brandenburg	Lebenslagen in Brandenburg. Chancen gegen Armut	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg	2008
	Wir lassen kein Kind zurück. Soziale und gesundheitliche Lage von kleinen Kindern im Land Brandenburg		2007
	Brandenburger Sozialindikatoren 2006. Aktuelle Daten zur sozialen Lage im Land Brandenburg	Landesgesundheitsamt im Landesamt für Soziales und Versorgung Brandenburg	2007
	Brandenburger Sozialindikatoren 2005. Aktuelle Daten zur sozialen Lage im Land Brandenburg		2006
	Brandenburger Sozialindikatoren 2004. Aktuelle Daten zur sozialen Lage im Land Brandenburg		2005
	Gesund alt werden - Soziale und gesundheitliche Lage älterer Menschen im Land Brandenburg	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg	2005
	Sozialpolitik im Überblick 2003	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg	2003
	Brandenburger Sozialindikatoren 2002.		2002
	Soziale Lage und Gesundheit von jungen Menschen im Land Brandenburg 2001		2001
	Brandenburger Sozialindikatoren 2001.		2001
	Brandenburger Sozialindikatoren 2000.		2000
Bremen	Lebenslagen in Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Bremen 2009	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen	2009
Hamburg	Lebenslagenberichterstattungen - Empfänger von Leistungen nach SGB II und SGB XII in der Freien und Hansestadt Hamburg	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	2007
	Armut in Hamburg II. Beiträge zur Sozialberichterstattung. Zweiter Armutsbericht für die Freie und Hansestadt Hamburg	Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales	1997
	Armut in Hamburg. Beiträge zur Sozialberichterstattung		1996
Hessen	Bislang noch kein umfassender Sozialbericht seitens der Landesregierung erschienen, erster Bericht ist derzeit in Planung.		

*) Fußnote siehe Seite 14.

Noch: **Tabelle 3: Auswahl von bisher erschienenen Landesberichten im sozialpolitischen Bereich *)**

Bundesland	Titel	Herausgeber	Jahr
Mecklenburg-Vorpommern	Bericht zur Lebenssituation von Haushalten mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern	Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern	2009
	Sozialberichterstattung für das Land Mecklenburg-Vorpommern – Alleinerziehende und kinderreiche Familien		1999
	Sozialberichterstattung für das Land Mecklenburg-Vorpommern – Problemgruppen des Arbeitsmarktes – Langzeitarbeitslose und arbeitslose Behinderte		1999
Niedersachsen	Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen	Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	2010
	Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)	jährlich, zuletzt 2009
	Landesbericht zur Entwicklung von Armut und Reichtum	Niedersächsischer Landtag	1998
Nordrhein-Westfalen	Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	2009
	Sozialbericht 2007. Armuts- und Reichtumsbericht		2007
	Sozialbericht 2004. Armuts- und Reichtumsbericht		2004
	Landessozialbericht 2003 – Menschen in NRW in prekären Lebenslagen		2003
	Sozialbericht NRW 1998 für das Land Nordrhein-Westfalen		1999
	Landessozialberichterstattung Nordrhein-Westfalen: In der Reihe Landessozialberichterstattung NRW sind von 1992 bis 1998 acht Einzelbände zur Lebenslage einzelner besonders von Armutsrisiken betroffenen Bevölkerungsgruppen erschienen		1992-1998
Rheinland-Pfalz	Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz. Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung 2009/2010	Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz	2010
	Armutsbericht	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz	2004
	Armut in Rheinland-Pfalz. Bericht '98		1998
Saarland	Sozialstudie Saar. Teilhabe und sozialer Zusammenhalt im Saarland	Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlandes (Auftraggeber)	2009

*) Fußnote siehe Seite 14.

Noch: **Tabelle 3: Auswahl von bisher erschienenen Landesberichten im sozialpolitischen Bereich *)**

Bundesland	Titel	Herausgeber	Jahr
Sachsen	Dritter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht. Kinder- und Jugendhilfe als Bildungsakteur – Biografieverläufe und Bildungszugänge junger Menschen in Sachsen	Sächsisches Staatsministerium für Soziales	2009
	Sozialbericht 2006 – Lebenslagen in Sachsen		2006
	Sächsischer Seniorenbericht		2004
	Zweiter sächsischer Kinder- und Jugendbericht		2003
	Zur sozialen Lage im Freistaat Sachsen	Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie	2002
	Sächsischer Familienbericht		1997
Sachsen-Anhalt	2. Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Sachsen-Anhalt	Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt	2008
	Sozialbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2002-2004		2006
	Armut und Reichtum in Sachsen-Anhalt		2003
	Arbeitsmarkt- und Sozialbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2000/2001	Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt	2002
Schleswig-Holstein	Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein	1999
Thüringen	Armut von Kindern und Jugendlichen in Thüringen	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit	2008
			2003

*) Fußnote siehe Seite 14.

2.2 Armuts- und Sozialberichterstattung auf Bundesebene

Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung

Im Jahr 2000 erteilte der Deutsche Bundestag der Bundesregierung den Auftrag, in jeder Legislaturperiode einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Der erste Bericht wurde 2001 unter dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“ veröffentlicht; der zweite Bericht folgte vier Jahre später im März 2005, der dritte Bericht erschien im Juli 2008.⁷⁾ Mit diesen umfassenden Berichten wurde erstmals eine detaillierte Analyse der sozialen Lage in ganz Deutschland mit national vergleichbaren Standards vorgelegt. Dabei wurden die Lebenslagen der Menschen in Deutschland im Hinblick auf Einkommen, Vermögen, Erwerbstätigkeit und Bildungsbeteiligung auf Basis objektiver statistischer Daten analysiert. Zielsetzungen einer regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung sind laut Bundesregierung u. a. die Bestandsaufnahme und Analyse der sozialen Realität auf der Basis von empirisch-statistischem Material und wissenschaftlichen Untersuchungen sowie die Darstellung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.⁸⁾ Den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung liegen Statistiken aus unterschiedlichen amtlichen und nicht amtlichen Datenquellen zugrunde. Die Ergebnisse werden in der Regel nicht nach Bundesländern aufgegliedert, sondern stellen die Situation auf Bundesebene im Zeitverlauf dar. Die Anbindung der nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung an die Sozialschutzaktivitäten auf Ebene der Europäischen Union zeigt sich in der Verwendung der sogenannten „Laeken-Indikatoren“. Es handelt sich dabei um 18 soziale Indikatoren, die vom Europäischen Rat im Jahr 2001 verabschiedet wurden und seitdem eine zentrale Rolle bei der regelmäßigen Sozialberichterstattung auf europäischer Ebene spielen.

Neben dem Armuts- und Reichtumsbericht existieren auf Bundesebene weitere Standardwerke, die anhand statistischer Daten die soziale Lage unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen darstellen (siehe Tabelle 4). Dabei ist im Wesentlichen zwischen amtlichen und nicht amtlichen Akteuren zu unterscheiden. Zu den amtlichen Akteuren zählen auf Bundesebene hauptsächlich die Ministerien, die im sozialpolitischen Bereich aktiv sind. Bei den nicht amtlichen Akteuren kann zwischen den (Wohlfahrts-)Verbänden und den Sozialforschungsinstituten als Herausgeber der Berichte unterschieden werden. Die Veröffentlichungen der Wohlfahrtsverbände konzentrieren sich auf die Armutsberichterstattung, während die Sozialforschungsinstitute mehrere Themenbereiche der Berichterstattung mit einbeziehen.

Datenreport

Ein weiteres Standardprodukt zur Sozialberichterstattung ist die Publikation „Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland“. Dieser Bericht wurde gemeinsam vom Statistischen Bundesamt, der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA) und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) erarbeitet und herausgegeben. Der Datenreport, der seit fast 25 Jahren – zumeist im zweijährlichen Rhythmus – erscheint, ist somit ein einzigartiges Gemeinschaftsprojekt der amtlichen Statistik und der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung.

7) Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2008 (http://www.bmas.de/coremedia/generator/26896/lebenslagen_in_deutschland_der_3_armuts_und_reichtumsbericht_der_bundesregierung.html).

8) Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 4.

Tabelle 4: Akteure der Sozialberichterstattung; Auswahl an bedeutenden Berichten

Amtliche Akteure	Titel	Federführung
Bund	Armuts- und Reichtumsbericht	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
	Sozialbericht	
	Sozialbudget	
	Nationaler Strategiebericht Sozialschutz und soziale Eingliederung	
	Alterssicherung in Deutschland	
	Migrationsbericht	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
	Bericht über die Lage von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland	Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
	Bildungsbericht	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Kultusministerkonferenz der Länder
	Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland	BMBF in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Studentenwerk
	Bericht zur Lage der älteren Generation	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
	Familienbericht	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
	Kinder- und Jugendbericht	
	Altenbericht	
	Wohngeld- und Mietenbericht	
Soziale Mindestsicherung in Deutschland	Statistische Ämter des Bundes und der Länder	
Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland	Statistisches Bundesamt, Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA) ¹⁾ , Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundeszentrale für politische Bildung	
Länder	siehe Tabelle 3	
Kommunen	Es existieren mindestens 342 kommunale Sozialberichte ²⁾	

1) 1986 gegründet als Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen und in die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern aufgenommen, bestand GESIS aus den drei rechtlich selbstständigen Instituten Informationszentrum für Sozialwissenschaften (IZ) in Bonn, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) in Köln und Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim.

Seit 2007 zu einer Infrastruktureinrichtung verschmolzen, hat GESIS im November 2008 den Namenszusatz „Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften“ angenommen, um seine Zugehörigkeit zur Leibniz-Gemeinschaft hervorzuheben.

2) Vgl. Mardorf, Silke: Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung. Eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte. Wiesbaden, 2006, S. 164.

Noch: **Tabelle 4: Akteure der Sozialberichterstattung; Auswahl an bedeutenden Berichten**

Nicht amtliche Akteure	Titel	Federführung
Verbände	Unter unseren Verhältnissen. Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband
	Armut und Ungleichheit in Deutschland	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPW), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Hans-Böckler-Stiftung
	Sozialpolitische Bilanzen u. a. zu Armut von Kindern und Jugendlichen/Armut und Gesundheit	Nationale Armutskonferenz
	Arme unter uns	Caritas
	Armes reiches Deutschland	26 kirchliche Herausgeber
	Armut in Deutschland – Bevölkerungsgruppen unterhalb der ALG II-Grenze	gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, J. W. Goethe-Universität Frankfurt a. M. (Herausgeber: DIW)
	Mehrere Berichte zur Armut von Kindern und Jugendlichen	Arbeiterwohlfahrt (AWO)
Forschungsinstitute	Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland	Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA) ¹⁾ , Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Statistisches Bundesamt, Bundeszentrale für politische Bildung
	Sozialreport	Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V. (SFZ)
	Zahlreiche Publikationen auf Basis der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)	Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS)
	Zahlreiche Publikationen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

1) Fußnote siehe Seite 19.

Anhang 3: Tabellen / Zeitreihen

Tabelle A1: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung im Dezember 2008 nach Leistungssystemen und Ländern

Land	Leistungen nach dem SGB II			Hilfe zum Lebensunterhalt ²⁾	Grundsicherung ³⁾	Asylbewerberleistungen ⁴⁾	Kriegsopferfürsorge ⁵⁾	Insgesamt
	zusammen	davon						
		ALG II ¹⁾	Sozialgeld					
Baden-Württemberg	449 083	314 688	134 395	5 418	74 390	9 226	5 599	543 716
Bayern	471 699	333 466	138 233	8 838	88 570	9 200	5 173	583 480
Berlin	586 528	434 100	152 428	8 040	56 645	9 965	2 509	663 687
Brandenburg	304 439	236 246	68 193	2 539	19 821	2 801	849	330 449
Bremen	91 985	65 876	26 109	1 496	11 069	3 140	334	108 024
Hamburg	194 535	140 471	54 064	3 056	26 917	7 040	1 035	232 583
Hessen	429 596	299 623	129 973	10 077	62 658	8 453	5 779	516 563
Mecklenburg-Vorpommern	235 751	182 710	53 041	2 246	16 782	2 423	545	257 747
Niedersachsen	644 781	455 233	189 548	9 398	83 260	17 605	4 187	759 231
Nordrhein-Westfalen	1 580 706	1 121 328	459 378	22 450	195 656	36 271	11 060	1 846 143
Rheinland-Pfalz	235 961	165 635	70 326	3 151	34 759	4 428	2 439	280 738
Saarland	79 472	58 194	21 278	1 213	10 979	1 629	628	93 921
Sachsen	498 264	385 018	113 246	3 661	24 276	4 624	2 181	533 006
Sachsen-Anhalt	339 722	262 669	77 053	2 929	19 109	4 401	538	366 699
Schleswig-Holstein	234 519	165 918	68 601	5 498	29 707	3 712	2 101	275 537
Thüringen	232 649	176 889	55 760	2 310	13 084	2 947	1 299	252 289
Deutschland	6 609 690	4 798 064	1 811 626	92 320	767 682	127 865	46 256	7 643 813

1) Arbeitslosengeld II.

2) Laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.

3) Laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.

4) Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

5) Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

**Tabelle A2: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung*)
im Dezember 2008 und 2007 nach Ländern**

Land	2008			2007	
	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Quote ¹⁾	Insgesamt	Quote ¹⁾
	Anzahl	%		Anzahl	%
Baden-Württemberg	543 716	- 5,7	5,1	576 544	5,4
Bayern	583 480	- 6,0	4,7	620 693	5,0
Berlin	663 687	- 2,6	19,3	681 141	19,9
Brandenburg	330 449	- 6,6	13,1	353 664	13,9
Bremen	108 024	- 4,3	16,3	112 903	17,0
Hamburg	232 583	- 3,2	13,1	240 227	13,6
Hessen	516 563	- 3,0	8,5	532 606	8,8
Mecklenburg-Vorpommern	257 747	- 8,6	15,5	282 021	16,8
Niedersachsen	759 231	- 4,7	9,6	796 754	10,0
Nordrhein-Westfalen	1 846 143	- 4,4	10,3	1 931 226	10,7
Rheinland-Pfalz	280 738	- 4,2	7,0	293 103	7,2
Saarland	93 921	- 5,2	9,1	99 025	9,6
Sachsen	533 006	- 7,2	12,7	574 456	13,6
Sachsen-Anhalt	366 699	- 7,0	15,4	394 093	16,3
Schleswig-Holstein	275 537	- 3,8	9,7	286 443	10,1
Thüringen	252 289	- 9,7	11,1	279 400	12,2
Deutschland	7 643 813	- 5,1	9,3	8 054 299	9,8

*) Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählen im Einzelnen folgende Leistungen:

- Leistungen nach dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld).
- Laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
- Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge. Diese Statistik wird alle 2 Jahre erhoben; daher liegen dieser Tabelle für das Jahr 2007 die Daten von 2006 zugrunde.

1) Anteil der Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung an der jeweiligen Bevölkerung in %; Bevölkerungsstand: am Ende des jeweiligen Berichtsjahres.

**Tabelle A3: Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für
Arbeitsuchende*) im Dezember 2005 bis 2008**

Jahr ----- Land	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Quote ¹⁾	Davon	
				erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig
	Anzahl	%		Anzahl	
Deutschland					
2005	7 100 647	X	10,7	5 224 494	1 876 153
2006	7 283 493	+ 2,6	11,0	5 310 821	1 972 672
2007	7 020 089	- 3,6	10,7	5 098 221	1 921 868
2008	6 609 690	- 5,8	10,1	4 798 064	1 811 626
2008 nach Ländern					
Baden-Württemberg	449 083	- 6,8	5,2	314 688	134 395
Bayern	471 699	- 7,6	4,7	333 466	138 233
Berlin	586 528	- 3,1	21,0	434 100	152 428
Brandenburg	304 439	- 7,2	15,5	236 246	68 193
Bremen	91 985	- 5,4	17,7	65 876	26 109
Hamburg	194 535	- 3,7	13,5	140 471	54 064
Hessen	429 596	- 3,7	8,8	299 623	129 973
Mecklenburg-Vorpommern	235 751	- 9,6	18,1	182 710	53 041
Niedersachsen	644 781	- 5,6	10,2	455 233	189 548
Nordrhein-Westfalen	1 580 706	- 4,6	11,0	1 121 328	459 378
Rheinland-Pfalz	235 961	- 5,6	7,4	165 635	70 326
Saarland	79 472	- 6,0	9,9	58 194	21 278
Sachsen	498 264	- 7,8	15,7	385 018	113 246
Sachsen-Anhalt	339 722	- 7,3	18,7	262 669	77 053
Schleswig-Holstein	234 519	- 5,2	10,5	165 918	68 601
Thüringen	232 649	- 10,1	13,3	176 889	55 760

*) Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“. Erwerbsfähige erhalten Arbeitslosengeld II, Nichterwerbsfähige erhalten Sozialgeld.

1) Anteil der Empfänger/-innen an der Bevölkerung unter 65 Jahren; Bevölkerungsstand: am Ende des jeweiligen Berichtsjahres.

Tabelle A4: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt*) außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2005 bis 2008

Jahr ----- Land	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Empfänger/-innen je 1 000 Ein- wohner ¹⁾	Davon	
				männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl		
Deutschland					
2005	80 845	X	1,0	39 531	41 314
2006	81 818	+ 1,2	1,0	41 225	40 593
2007	88 459	+ 8,1	1,1	46 015	42 444
2008	92 320	+ 4,4	1,1	48 428	43 892
2008 nach Ländern					
Baden-Württemberg	5 418	- 2,3	0,5	2 688	2 730
Bayern	8 838	+ 4,2	0,7	4 518	4 320
Berlin	8 040	- 15,3	2,3	4 247	3 793
Brandenburg	2 539	+ 17,1	1,0	1 436	1 103
Bremen	1 496	+ 20,4	2,3	773	723
Hamburg	3 056	+ 2,2	1,7	1 488	1 568
Hessen	10 077	+ 8,9	1,7	5 279	4 798
Mecklenburg-Vorpommern ..	2 246	+ 19,5	1,3	1 340	906
Niedersachsen	9 398	+ 6,0	1,2	4 834	4 564
Nordrhein-Westfalen	22 450	+ 5,8	1,3	11 448	11 002
Rheinland-Pfalz	3 151	+ 5,7	0,8	1 519	1 632
Saarland	1 213	- 0,9	1,2	652	561
Sachsen	3 661	+ 12,0	0,9	2 168	1 493
Sachsen-Anhalt	2 929	- 0,2	1,2	1 768	1 161
Schleswig-Holstein	5 498	+ 10,2	1,9	2 859	2 639
Thüringen	2 310	+ 20,6	1,0	1 411	899

*) Laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.

1) Bevölkerungsstand: am Ende des jeweiligen Berichtsjahres.

Tabelle A5: Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung*) am Jahresende 2003 bis 2008

Jahr ----- Land	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Quote ¹⁾	Davon	
				voll erwerbsgemindert ²⁾	65 Jahre und älter
	Anzahl	%		Anzahl	
Deutschland					
2003	438 831	X	0,7	181 097	257 734
2004	526 034	+ 19,9	0,8	232 897	293 137
2005	630 295	+ 19,8	0,9	287 440	342 855
2006	681 991	+ 8,2	1,0	311 448	370 543
2007	732 602	+ 7,4	1,1	340 234	392 368
2008	767 682	+ 4,8	1,1	357 724	409 958
2008 nach Ländern					
Baden-Württemberg	74 390	+ 5,4	0,8	34 147	40 243
Bayern	88 570	+ 2,9	0,9	37 184	51 386
Berlin	56 645	+ 10,2	1,9	25 527	31 118
Brandenburg	19 821	+ 5,4	0,9	12 496	7 325
Bremen	11 069	+ 8,0	2,0	4 386	6 683
Hamburg	26 917	+ 6,2	1,8	9 430	17 487
Hessen	62 658	+ 3,6	1,2	27 188	35 470
Mecklenburg-Vorpommern ..	16 782	+ 7,3	1,2	10 789	5 993
Niedersachsen	83 260	+ 6,4	1,3	40 816	42 444
Nordrhein-Westfalen	195 656	+ 2,0	1,3	85 803	109 853
Rheinland-Pfalz	34 759	+ 8,5	1,0	16 225	18 534
Saarland	10 979	+ 4,6	1,3	4 553	6 426
Sachsen	24 276	+ 5,4	0,7	14 443	9 833
Sachsen-Anhalt	19 109	+ 3,2	0,9	11 872	7 237
Schleswig-Holstein	29 707	+ 8,6	1,3	14 505	15 202
Thüringen	13 084	+ 4,7	0,7	8 360	4 724

*) Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung war bis Ende 2004 im eigenständigen Grundsicherungsgesetz (GsiG) geregelt; seit 01.01.2005 werden die entsprechenden Leistungen nach dem 4. Kapitel des SGB XII „Sozialhilfe“ gewährt.

1) Anteil der Empfänger/-innen an der Bevölkerung ab 18 Jahren; Bevölkerungsstand: am Ende des jeweiligen Berichtsjahres.

2) Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Empfänger/-innen im Alter von 18 bis 64 Jahren.

Tabelle A6: Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am Jahresende 1994 bis 2008

Jahr	Insgesamt	Davon	
		männlich	weiblich
1994 ¹⁾	446 500	264 200	182 300
1995 ²⁾	488 974	288 005	200 969
1996	489 742	287 588	202 154
1997	486 643	287 101	199 542
1998	438 873	263 093	175 780
1999	435 930	255 311	180 619
2000	351 642	204 218	147 424
2001	314 116	186 010	128 106
2002	278 592	166 086	112 506
2003	264 240	157 249	106 991
2004	230 148	135 271	94 877
2005	211 122	122 699	88 423
2006	193 562	111 324	82 238
2007	153 300	89 075	64 225
2008	127 865	75 117	52 748
Veränderung zum Vorjahr in %			
1995 ²⁾	+ 9,5	+ 9,0	+ 10,2
1996	+ 0,2	- 0,1	+ 0,6
1997	- 0,6	- 0,2	- 1,3
1998	- 9,8	- 8,4	- 11,9
1999	- 0,7	- 3,0	+ 2,8
2000	- 19,3	- 20,0	- 18,4
2001	- 10,7	- 8,9	- 13,1
2002	- 11,3	- 10,7	- 12,2
2003	- 5,2	- 5,3	- 4,9
2004	- 12,9	- 14,0	- 11,3
2005	- 8,3	- 9,3	- 6,8
2006	- 8,3	- 9,3	- 7,0
2007	- 20,8	- 20,0	- 21,9
2008	- 16,6	- 15,7	- 17,9

1) Gerundete Zahlen.

2) Die Angaben für das Berichtsjahr 1995 weisen eine geringfügige Untererfassung auf, da die Daten von Bremerhaven fehlen; dies entspricht einer Größenordnung von ca. 1 400 Regelleistungsempfänger(n)-innen.

Tabelle A7: Empfängerinnen und Empfänger laufender Leistungen der Kriegsofopferfürsorge und Bruttoausgaben der Kriegsofopferfürsorge von 1963 bis 2008 *)

Jahr	Empfänger/-innen laufender Leistungen am 31.12.	Bruttoausgaben in Millionen EUR	
		insgesamt	darunter Hilfe zur Pflege ¹⁾
Früheres Bundesgebiet			
1963	173 000	159	.
1964	160 000	170	.
1965	167 000	194	.
1966	176 000	242	.
1967	173 000	240	.
1968	171 000	232	.
1969	172 000	238	.
1970	178 000	256	.
1971	187 000	305	.
1972	205 000	367	.
1973	212 000	409	.
1974	225 000	458	.
1975	215 000	499	.
1976	208 000	480	.
1977	193 000	470	.
1978	190 000	476	.
1979	187 000	516	.
1980	190 000	572	.
1981	183 000	624	.
1982	172 000	645	.
1983	142 000	627	.
1984	132 000	644	.
1985	132 000	673	400
1986	131 000	720	436
1987	130 000	752	465
1988	131 000	797	504
1989	141 000	832	535
1990	154 000	907	594
Deutschland			
1991	153 000	996	669
1992	159 000	1 099	760
1993	168 000	1 240	883
1994	161 000	1 348	993
1995	149 000	1 354	1 014
1996	133 000	1 195	871
1997	117 000	765	459
1998	107 000	689	400
1999	99 000	649	370
2000 ²⁾	97 000	630	370
2002	85 000	591	342
2004	76 000	588	349
2006	60 000	531	295
2008	46 000	472	280

*) Zahlen gerundet.

1) Durch Änderungen in der Statistik sind die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege vor 1985 nur eingeschränkt vergleichbar. Aus diesem Grund wird auf die Darstellung der Zahlen verzichtet.

2) Seit Berichtsjahr 2000 wird die Statistik nur noch alle 2 Jahre erhoben.

Tabelle A8: Bruttoausgaben für ausgewählte Leistungen der sozialen Mindestsicherung im Jahr 2008 nach Ländern

Land	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen der Sozialhilfe nach SGB XII			Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	Leistungen der Kriegsopferfürsorge
	zusammen	davon			
		lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt ¹⁾	lfd. Grundsicherung ²⁾		
1 000 EUR					
Baden-Württemberg	420 506	28 984	391 522	35 669	50 116
Bayern	491 519	47 494	444 025	56 755	70 540
Berlin	327 246	45 154	282 093	54 492	15 176
Brandenburg	90 395	9 663	80 732	10 215	2 658
Bremen	63 993	7 872	56 122	17 597	4 336
Hamburg	171 215	30 363	140 852	25 918	10 580
Hessen	398 332	74 751	323 581	42 500	57 139
Mecklenburg-Vorpommern ..	77 301	9 998	67 303	11 002	1 610
Niedersachsen	470 637	49 486	421 151	73 928	39 080
Nordrhein-Westfalen	1 105 154	131 928	973 226	175 610	159 730
Rheinland-Pfalz	183 921	17 526	166 394	19 679	26 318
Saarland	60 521	7 432	53 089	4 211	6 225
Sachsen	108 541	13 970	94 571	22 420	7 264
Sachsen-Anhalt	84 501	11 726	72 775	21 657	4 537
Schleswig-Holstein	178 793	27 756	151 037	20 058	12 848
Thüringen	60 853	9 451	51 402	12 811	3 851
Deutschland	4 293 427	523 554	3 769 873	604 521	472 010

1) Laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.

2) Laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“.

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
<http://www.destatis.de>
Infoservice
Telefon: 0611 75-2405
Telefax: 0611 72-4000
www.destatis.de/kontakt

**Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn**
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon: 0611 75-1
Telefax: 0611 75-8990/-8991
poststelle@destatis.de

**Statistisches Bundesamt
i-Punkt-Berlin**
Friedrichstraße 50
(Checkpoint Charlie)
10117 Berlin
Telefon: 0611 75-9434
Telefax: 0611 75-9430
i-punkt@destatis.de

Statistische Ämter der Länder

**Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg**
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0711 641-2866
Telefax: 0711 641-2973
www.statistik-bw.de
vertrieb@stala.bwl.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-0
Telefax: 0611 3802-890
www.statistik-hessen.de
info@statistik-hessen.de

Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681 501-5925
Telefax: 0681 501-5915
www.statistik.saarland.de
presse.statistik@lzd.saarland.de

**Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung**
Neuhauser Straße 8
80331 München
Telefon: 089 2119-205
Telefax: 089 2119-457
www.statistik.bayern.de
vertrieb@statistik.bayern.de

**Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern**
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon: 0385 588-56411
Telefax: 0385 588-56708
www.statistik-mv.de
statistik.auskunft@statistik-mv.de

**Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen**
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon: 03578 33-1423
Telefax: 03578 33-1598
www.statistik.sachsen.de
vertrieb@statistik.sachsen.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Telefon: 0331 8173-1777
Telefax: 030 9028-4091
www.statistik-berlin-brandenburg.de
info@statistik-bbb.de

**Landesbetrieb für Statistik und
Kommunikationstechnologie
Niedersachsen (LSKN)**
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon: 0511 9898-3166
Telefax: 0511 9898-4132
www.lskn.niedersachsen.de
vertrieb@lskn.niedersachsen.de

**Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt**
Merseburger Straße 2
06110 Halle (Saale)
Telefon: 0345 2318-0
Telefax: 0345 2318-913
www.statistik.sachsen-anhalt.de
info@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon: 0421 361-6070
Telefax: 0421 361-6168
www.statistik.bremen.de
bibliothek@statistik.bremen.de

**Information und Technik
Nordrhein-Westfalen**
Geschäftsbereich Statistik
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-2495
Telefax: 0211 9449-2104
www.it.nrw.de
statistik-info@it.nrw.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon: 0361 37-900
Telefax: 0361 37-84699
www.statistik.thueringen.de
auskunft@statistik.thueringen.de

**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Standort Hamburg
Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon: 040 42831-1766
Telefax: 040 42831-1700
Standort Kiel
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon: 0431 6895-9393
Telefax: 0431 6895-9498
www.statistik-nord.de
info@statistik-nord.de

**Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz**
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-4444
Telefax: 02603 71-194444
www.statistik.rlp.de
info@statistik.rlp.de

Bundesagentur für Arbeit

Bundesagentur für Arbeit
Statistik
90327 Nürnberg

Dienstgebäude:
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg
<http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Kontakt aufnehmen können Sie über:
Telefon: 01801 78722 10 (Hotline *)
Telefax: 01801 78722 11 *)

*) 3,9 ct/min aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Bei Anrufen aus Mobilfunknetzen höchstens 42 ct/min.

E-Mail: Statistik-datenzentrum@arbeitsagentur.de

